

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mares Rossmann, Werner Amon MBA,
Kolleginnen und Kollegen**

betreffend Maßnahmen zur Gewährleistung einer optimalen Zuordnung der Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht ausreichend beherrschen, in die jeweilige Jahrgangsklasse

zu Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag 738/A(E) der Abgeordneten Dieter Brosz, DDr. Erwin Niederwieser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Umsetzung der Forderungen des zweiten Kinderkongresses des Vereins "COOLE SCHULE" 2005 in Wien (1457 d.B.)

Die Beherrschung der Sprache ist eine zentrale Kompetenz, sie ist Voraussetzung für eine bessere Integration, für einen besseren Schulerfolg und für bessere Chancen am Arbeitsmarkt.

Von den Schülerinnen und Schülern, die im Schuljahr 05/06 Österreichs Pflichtschulen besuchen, sind 3,69% außerordentliche Schülerinnen und Schüler. Der Anteil an außerordentlichen Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl im Pflichtschulbereich reicht von 0,1% in Jennersdorf (Burgenland) bis 29,8 % im 5. Wiener Gemeindebezirk (Margareten).

Die Bundesregierung hat bereits zahlreiche Maßnahmen für Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht verstehen, gesetzt.

Durch die „Frühe Sprachförderung“ im Kindergarten werden die Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht verstehen (rund 8.000) ein Jahr vor Schuleintritt speziell gefördert. Der Bund unterstützt die dafür zuständigen Länder und Gemeinden mit 640.000 Euro. Mit dieser Unterstützung sollen die bereits laufenden Fördermaßnahmen verstärkt werden und so möglichst alle Kinder, welche die deutsche Sprache nicht verstehen, die Chance einer Förderung erhalten.

Für Sprachfördermaßnahmen in der Volksschule stellt der Bund schon bisher 1.634 (2.400 im gesamten Pflichtschulbereich) Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung. Für die Sprachförderkurse für außerordentliche Schüler in der Volksschule werden ab dem Schuljahr 2005/06 zusätzliche 330 Lehrerdienstposten (rund 9. Mio. Euro) zur Verfügung gestellt. Somit stehen für 19.000 Schülerinnen und Schüler in der Volksschule 1.964 Lehrerdienstposten zur Verfügung. Die Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch

nicht verstehen, erhalten 11 Wochenstunden intensiven Deutschunterricht in Kleingruppen (ein Lehrer für 10 Schüler) parallel zum Regelunterricht. Dadurch werden eine raschere Integration und ein besserer Schulerfolg sichergestellt.

Weiters werden Förderprogramme und spezielle Unterrichtsmaterialien erarbeitet bzw. angekauft und den Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung gestellt.

Für Kinder mit Migrationshintergrund gibt es eine spezielle Schwerpunktsetzung im Bereich der Leseförderung sowie eine Empfehlungsliste fremd- und zweisprachiger Kinder- und Jugendliteratur für Schulbibliotheken.

Sowohl die Pädagogischen Akademien als auch die Pädagogischen Institute haben auf die neuen Herausforderungen an den Schulen reagiert. In der Lehrerausbildung ist interkulturelle Pädagogik in den Lehrplänen an den Pädagogischen Akademien im Studienfachbereich „Ergänzende Studien“ festgelegt.

Im Bereich der Lehrerfortbildung werden an den Pädagogischen Akademien und den Pädagogischen Instituten Akademielehrgänge zum Thema „Interkulturelles Lernen und Deutsch als Zweitsprache“ angeboten. Schwerpunkte der Lehrerfortbildung sind in den Bereichen Leseförderung für Kinder mit Migrationshintergrund und Interkulturelles Lernen gesetzt.

Um die Maßnahmen zur Sprachförderung von Kindern, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht ausreichend verstehen, zu verstärken, und auch jenen Kindern, die die deutsche Sprache beherrschen einen effizienten Unterricht sicherstellen zu können, muss auf die Schülerverteilung auf die einzelnen Klassen vermehrt Rücksicht genommen werden.

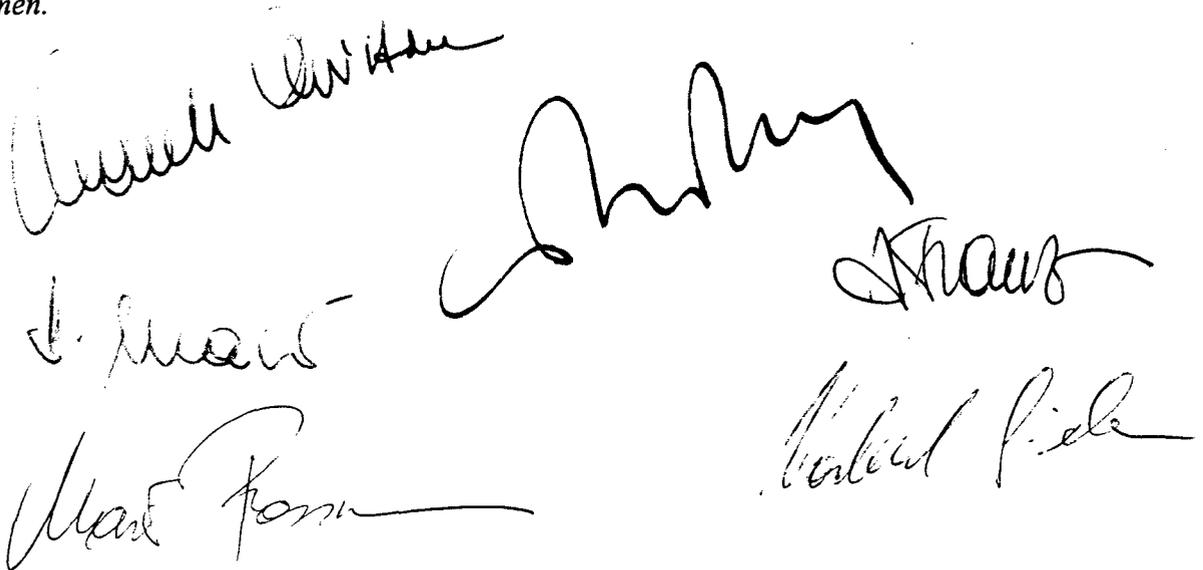
In diesem Zusammenhang soll auch die Möglichkeit der Neuordnung der Schulsprengel in einem grundsatzgesetzlichen Rahmen, der ein höheres Maß an Flexibilität bei der Festlegung von Standorten und Einzugsbereich einräumt, geprüft werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird ersucht, Maßnahmen zu prüfen, um ein Erreichen des Unterrichtszieles durch eine optimale Zuordnung der Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht ausreichend beherrschen, zu gewährleisten. Dabei ist auf eine gleichmäßige Verteilung der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache in Parallelklassen sowie Schulen mit gleicher Erreichbarkeit Bedacht zu nehmen.“


Kraus
Kraus
Kraus
Kraus
Kraus